

Baden-Württemberg sieht dringenden Bedarf für neue Deponiekapazitäten

Zwischenergebnisse zur Deponiekonzeption vorgestellt

In Baden-Württemberg besteht ein erheblicher Bedarf an zusätzlichem Deponieraum der Klassen 0, I und II. Ohne Deponieerweiterungen oder den Neubau von Deponien werden die vorhandenen Restkapazitäten im Land in wenigen Jahren erschöpft sein, warnen Martin Kneisel, Leiter des Referats „Kommunale Kreislaufwirtschaft und Abfalltechnik“ im baden-württembergischen Umweltministerium, und Cem Pfeifer, Technischer Referent, in ihrem Vortrag zum Deponieforum 2020. Die von der Universität Stuttgart organisierte Veranstaltung sollte Mitte März stattfinden, wurde aber wegen der Coronakrise abgesagt. Der Vortragsband wurde dennoch veröffentlicht.

Das baden-württembergische Umweltministerium erarbeitet derzeit gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Deponiekonzeption. Diese soll als Grundlage für den Ausbau der künftigen Deponie-Infrastruktur dienen und in die bis zum Jahresende 2021 anstehende Überprüfung des Landesabfallwirtschaftsplan einfließen. Auf Basis der bisherigen Arbeiten kommen Kneisel und Pfeifer zu dem Schluss, dass in den kommen-

den Jahren erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um ausreichende Deponiekapazitäten in Baden-Württemberg sicherzustellen.

Zwar verfüge das Land unter Voraussetzung gleichbleibender Abfallmengen insgesamt noch über ein ausreichendes Deponievolumen der Klassen I und II bis zum Jahr 2046, so dass die landesweit geforderte zehnjährige Entsorgungssicherheit bis 2036 nachgewiesen werden könne. Dieser Aussage liege aber die Annahme zugrunde, dass die planfestgestellten aber noch nicht ausgebauten Deponieabschnitte in die Betrachtung mit einbezogen werden. Da diese Flächen derzeit jedoch noch nicht verfügbar seien und in den meisten Fällen aufgrund der Änderungen im Naturschutz- bzw. Artenschutzrecht einer erneuten Planfeststellung bedürfen, bestehe dringender Handlungsbedarf.

Deponiebedarf vor allem in Baden und im Norden des Regierungsbezirks Stuttgart

So reicht das tatsächlich zur Verfügung stehende, ausgebauten Restvolumen der Deponieklassen I und II nach Angaben der Ministeriumsvertre-

ter momentan nicht aus, um den Nachweis der zehnjährigen Entsorgungssicherheit landesweit zu erbringen. Besonders knapp seien die DK-I-Kapazitäten im Bereich der badischen Regierungsbezirke sowie im Norden des Regierungsbezirks Stuttgarts.

Dabei liegt dieser Prognose noch die Annahme gleichbleibender Ablagerungsmengen auf den baden-württembergischen DK-I- und DK-II-Deponien von zuletzt durchschnittlich 867.000 Kubikmeter pro Jahr zugrunde. Bei alternativen Szenarien mit einem moderaten oder auch extremen Zuwachs der Ablagerungsmengen würde sich die Restlaufzeit Kneisel und Pfeifer zufolge allerdings erheblich verkürzen. So lasse sich im Extrem-Szenario, das zu einem den Einfluss der Mantelverordnung auf die Stoffströme berücksichtigt und zum anderen einen erhöhten Ablagerungsbedarf für teerhaltigen Straßenaufbruch, asbesthaltige Bau- und Abbruchabfälle sowie PFC-Abfälle unterstellt, die landesweite zehnjährige Entsorgungssicherheit nur noch bis 2022 nachweisen.

DK-0-Restvolumen schon 2029 ausgeschöpft

Auch bei Deponien der Klasse 0 zeigt die Deponiekonzeption laut Kneisel und Pfeifer, dass ein erheblicher Bedarf an zusätzlichem Deponieraum besteht. Unter Berücksichtigung der planfestge-

► Fortsetzung auf Seite 23

FDP fordert KI gegen Lebensmittelverschwendung

Die FDP fordert von der Bundesregierung neue Maßnahmen, beispielsweise den Einsatz von künstlicher Intelligenz, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. Des Weiteren soll die Bundesregierung sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass für die Verwendung intelligenter und aktiver Verpackungen ein rechtlich eindeutiger und transparenter Rahmen geschaffen wird, wie aus einem entsprechenden Antrag im Bundestag aus der vergangenen Woche hervorgeht. Des Weiteren soll sie darauf hinwirken, dass hinderliche und unverhältnismäßige Rahmenrichtlinien wie Vermarktungs- und Handelsnormen überprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden.

Laut einer Studie des Thünen-Instituts werden in Deutschland jährlich etwa zwölf Mio Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Dies entspricht in etwa einem jährlichen Wert von 17 bis 21 Mrd €.

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz soll insgesamt helfen, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Bereits am Anfang der Lebensmittelproduktion könne der Einsatz von KI ansetzen. Mit Hilfe eines KI-basierten und datengestützten Frühwarnsystems könne ein Krankheitsrisiko durch Pilzkrankheiten wie etwa Grauschimmelfäule für Gemüsepflanzen abge-

Ernteaussfällen unterstützen, so die FDP.

Ebenso sei KI bei der Beschaffung von Lebensmitteln, insbesondere für größere Lebensmittelhändler sinnvoll. Durch den Einsatz von Algorithmen wären Einzelhändler durch datenbasierte Prognosen einer möglichst optimalen Bestellmenge künftig in der Lage viel präziser Bestellungen zu tätigen und dadurch der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken, heißt es von der Fraktion.

SPD fordert gesetzliche Abgabeverpflichtung für Supermärkte und Hersteller

Zudem fordert die FDP für den Einsatz von digitalen Technologien wie KI und Blockchain, weitere sinnvolle Rahmenbedingungen und eine sichere Rechtslage zu schaffen. Die Forschung und Entwicklung neuer innovativer Methoden in der Lebensmittelproduktion mit Schwerpunkt Lebensmittelverschwendung sowie nachhaltiger Produktion sei zu gewährleisten, so die FDP. In Zusammenarbeit mit Handelsunternehmen und Forschungsinstituten solle die Bundesregierung Reallabore und Testfelder initiieren, um neue KI-Anwendungen im Bereich der Lebensmittelproduktion unter realen Bedingungen kontrollieren zu testen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wurde im Bundestag noch nicht beraten und stand zu Beginn der Woche auch nicht in der Tagesordnung des Plenums.

Auch die SPD-Fraktion hat sich in einem Positionspapier zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen geäußert. Die nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung, die vor allem auf das Prinzip der Freiwilligkeit beruht, reiche nicht aus und müsse daher verbessert werden, so die SPD. „Das Ausmaß an Lebensmittelverschwendung in unserem Land ist nicht länger hinnehmbar. Allein mit freiwilligen Maßnahmen und Appellen werden wir das Ziel der Bundesregierung, die Lebensmittelverluste bis 2030 zu halbieren, jedoch nicht erreichen“, sagt Ursula Schulte, ernährungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Deutschland brauche verbindliche Zielvorgaben, eine gesetzliche Abgabeverpflichtung für Supermärkte und Hersteller sowie weniger rechtliche Hindernisse für Lebensmittelretter, so Schulte. Des Weiteren müssen die Tafeln mehr finanzielle Unterstützung bekommen und Schulen die Ernährungsbildung stärken. Auch eine Plattform zur Vernetzung aller an der Wertschöpfungskette Beteiligten müsse geschaffen werden, so die SPD.

Außerdem fordert die SPD eine solide Datenbasis für die Lebensmittelverluste auf den verschiedenen Wertschöpfungsstufen, eine Ursachenanalyse und verbindliche Zielmarken zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in Produktion, Handel und Gastronomie. □

► Fortsetzung von Seite 22

stellten Deponiekapazitäten könne die landesweite zehnjährige Entsorgungssicherheit zwar letztmalig noch für das Jahr 2026 nachgewiesen werden. Ohne ausgebautes Restvolumen wäre dieser Nachweis allerdings nur noch bis Ende des laufenden Jahr möglich, heißt: Bereits 2029 wären die aktuellen DK-0-Deponiekapazitäten ausgeschöpft.

Weiterhin sei mit Blick auf die DK-0-Kapazitäten zu berücksichtigen, dass gegenüber den in Ansatz gebrachten Ablagerungsmengen von im Durchschnitt jährlich 2,8 Mio Kubikmeter ein Vielfaches an Bodenmaterial zur Rückverfüllung von Steinbrüchen und Gruben verwendet werde. Schon geringe äußere Einflüsse auf diesen Verwertungsweg könnten in beide Richtungen weitreichende Folgen haben, warnen Kneisel und Pfeifer.

Mit Blick auf die vorgestellten Zwischenergebnisse kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die Entsorgungssituation in Baden-Württemberg selbst bei einer Intensivierung der Abfallvermeidung und Abfallverwertung weiterhin sehr angespannt bleibt. **Vor diesem Hintergrund seien die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gefordert, ihre laufenden Aktivitäten zur Schaffung neuer Deponiekapazitäten weiter aktiv voranzutreiben und so schnell wie möglich umzusetzen.** □

Rheinland-Pfalz**Öffentliches Meldeportal zu Nitratmessungen eingerichtet**

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat ein Nitrat-Meldeportal eingerichtet. Das gaben Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) und Landwirtschaftsminister Volker Wissing (FDP) bekannt. In dem Portal könnten Landwirte Fragen zu Messstellen in den nitratgefährdeten Gebieten im Grundwassermessnetz stellen und Anmerkungen machen. „Die Informationen werden im Online-Portal veröffentlicht und damit Standortfragen zu Messstellen transparent erläutert“, erklärten Höfken und Wissing.

Das Portal fragen-zu-nitratmessungen.rlp.de wurde mit Unterstützung des Landesamts für Umwelt und des Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhausen-Nahe-Hunsrück errichtet und wird vom Umweltministerium betrieben. Eine Karte mit allen Messpunkten gebe die Möglichkeit, sich auf eine konkrete Messstelle im Messstellennetz zu beziehen, teilte das Umweltministerium in Mainz mit. Alle Informationen würden auf dem Portal online zur Verfügung gestellt. Die Daten seien öffentlich einsehbar. Zusätzlich würden die Daten zu den Nitratgehalten der Messstellen bis zurück ins Jahr 2007 in grafischer und tabellarischer Form präsentiert. □

Bundesratsumweltausschuss für zügige Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsplans

Kommission soll einheitliche Umsetzung in EU sicherstellen

Die Maßnahmen des neuen EU-Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft sollten nach Ansicht des Umweltausschusses im Bundesrat zügig umgesetzt werden. Dies sei gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Covid-19-Pandemie dringend geboten, heißt es in den Ausschussempfehlungen für die Sitzung der Länderkammer am 15. Mai. Die Coronakrise habe unter anderem die Verwundbarkeit globaler Produktions- und Lieferketten gezeigt. Die Wiederherstellung und Neuordnung der in die Krise geratenen europäischen Wirtschaft bedürfe eines umwelt- und klimapolitisch basierten Rahmens, der sich am Prinzip der Nachhaltigkeit und der Ressourcenschonung orientiert, betonen die Umweltpolitiker.

Ziel sollte die Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch sein. Die Ausrichtung von Unternehmen auf eine positive Entwicklung bei der Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft müsse daher Voraussetzung für die Wirtschaftsförderung bei anstehenden Konjunkturprogrammen werden, fordert der Bundesratsumweltausschuss.

Den von der Kommission vorgelegten Aktionsplan begrüßt der Ausschuss als „wichtigen Meilenstein und Beitrag zu einer am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Transformation der europäischen Wirtschaft und zur Fortentwicklung der Kreislaufwirtschaft“. Die in dem Plan enthaltenen Ansätze, wie zum Beispiel die vorgesehenen quantitativen Abfallvermeidungsziele für bestimmte Abfallgruppen, die Vorgabe verbindlicher Rezyklatanteile in Produkten und die Förderung einer umweltfreundlichen Beschaffung, seien „wesentliche Elemente einer zukunftsfähigen Kreislaufwirtschaft“ und werden daher vom Bundesratsumweltausschuss grundsätzlich unterstützt.

Dass Regelungen am Produktdesign ansetzen und die Recyclingfähigkeit, die Reparierbarkeit oder die Steigerung der Attraktivität des Einsatzes von Recyclingmaterialien gegenüber Primärrohstoffen in den Vordergrund rücken, begrüßt der Ausschuss ebenfalls. Derartige Vorgaben sollten in kommenden Rechtssetzungsverfahren aber so ausgestaltet werden, dass sie zu einer einheitlichen Umsetzung in der EU führen und auch für in die EU eingeführte Güter uneingeschränkt gelten.

Die im Aktionsplan dargestellten Maßnahmen könnten allerdings nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn ein vergleichbares Umsetzungsniveau in den Mitgliedstaaten erreicht werde, gibt der Ausschuss zu bedenken. In der Vergangenheit sei die Kommission ihrer Aufgabe, für die Umsetzung bestehenden Rechts in Europa zu sorgen, jedoch nicht ausreichend nachgekommen.

Die Bundesregierung sollte daher die Kommission dringend dazu aufzufordern, der Umsetzung bestehender Regelungen zur Schaffung eines vergleichbaren Niveaus der Kreislaufwirtschaft innerhalb Europas die gleiche Priorität zu geben wie der Umsetzung der vielfältigen notwendigen Maßnahmen des Aktionsplans, fordern die Umweltpolitiker der Länderkammer. Sollte nicht mehr Energie als bisher darauf verwendet werden, innerhalb der EU für ein einigermaßen vergleichbares Niveau der Umsetzung bestehender Regelungen zur Kreislaufwirtschaft zu sorgen, könnten sich die in Europa bestehenden Ungleichheiten weiter vertiefen, befürchten sie.

Wirtschaftsausschuss befürchtet Einschränkungen für Innovationen

Noch deutlich skeptischer blickt der Wirtschaftsausschuss der Länderkammer auf den neuen Aktionsplan. Eine genaue Beurteilung der angekündigten Maßnahmen werde zwar erst bei der Vorlage der konkreten Vorschläge für legislative beziehungsweise nichtlegislative Maßnahmen möglich sein. Der Ausschuss befürchtet aber bereits jetzt, dass stark detaillierte Vorgaben in zahlreichen Bereichen angestrebt werden – zum Beispiel für das Produktdesign. Dadurch könnten wirtschaftliche Tätigkeiten, Technologieoffenheit und Innovationen „sehr“ eingeschränkt werden. Die angekündigten Vorschläge zur Umsetzung des Aktionsplans sollten auf das „nötige regulative Mindestmaß“ reduziert werden und „möglichst breiten Raum für unternehmerischen Erfindergeist und innovative Lösungen“ lassen, fordert der Wirtschaftsausschuss des Bundesrats.

Die angekündigten Maßnahmen sollten außerdem noch intensiv auf ihre Praxistauglichkeit sowie ihre ökonomischen und ökologischen Folgewirkungen unter besonderer Berücksichtigung möglicher technischer Barrieren und des Prinzips der Verhältnismäßigkeit zu untersuchen, heißt es in den Empfehlungen der Wirtschaftspolitiker weiter. Dazu bedürfe es insbesondere eines intensiven Dialogs und Austauschs mit den betroffenen Stakeholdern.

Eine umfassende Folgenabschätzung hält der Wirtschaftsausschuss auch für unverzichtbar, um Bürger nicht unnötig zu belasten. Die Kommission müsse berücksichtigen, dass neue Vorgaben in vielen Fällen zu höheren Produktpreisen führen könnten. Dadurch könnten vor allem finanzschwächere Haushalte überproportional belastet werden, heißt es in den Ausschussempfehlungen. □

→ Die Empfehlungen der Bundesratsausschüsse stehen unter www.euwid-recycling.de/doku bereit.